

Abgeordnetengruppe „Schienenlärm“ neu im Bundestag

(kso). Wie die „Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim e.V.“ (biss-hockenheim.de) mitteilt, wurde Anfang 2015 im Deutschen Bundestag eine „Abgeordnetengruppe Schienenlärm“ gebildet.

Sie umfasst aktuell ca. 90 Parlamentarier aus allen Fraktionen und hat sich am Dienstag zu ihrer konstituierenden Sitzung getroffen. Wie die Gruppe in einem Positionspapier bekannt gab, will sie durch Informationsaustausch und koordinierte Initiativen dazu beitragen, „dass die Bahn schneller leise wird, insbesondere im Schienengüterverkehr“. Verfasst wurde das Papier von den Initiatoren der Gruppe, Erwin Rüdell (CDU), Detlev Pilger (SPD) und Tabea Rößner (Grüne), zu deren Wahlkreisen das besonders vom Bahnlärm geplagte Mittelrheintal gehört.

Die Mannheimer Bundestags-Abgeordneten Stefan Rebmann (SPD) und Prof. Dr. Jüttner (CDU) haben sich der Gruppe ebenfalls angeschlossen.

„Wir sind nicht gegen die Bahn!“ heißt es in dem Positionspapier ausdrücklich. „Aber damit die Stimmung nicht umkippt, muss

man am Rhein genauso wie an vielen anderen Orten mehr für den Lärmschutz tun.“

So will sich die Gruppe unter anderem dafür einsetzen, dass die im Koalitionsvertrag für 2016 festgelegte Evaluierung der Umrüstung des in Deutschland verkehrenden Güterwaggonparks auf leisere Bremsen nicht nur durchgeführt wird, sondern auch die bei Nichterreichung des für 2016 geplanten Umrüstziels von 50% angedrohten Nachtfahrverbote für laute Güterwaggons durchgesetzt werden.

In dieser Frage wird die Gruppe allerdings noch viele dicke Bretter bohren müssen, denn aktuell signalisiert das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur nur wenig Interesse an der Umsetzung derartiger Maßnahmen. Im Gegenteil wird von dort gerade versucht, Druck auf die Schweiz auszuüben, damit das dort ab 2020 vorgesehene Durchfahrtsverbot für laute Güterzüge aufgeweicht wird.

Als erster Vertreter der zahlreichen in Deutschland gegen den Bahnlärm aktiven Bürgerinitiativen äußerte sich Ludwig Steininger, Sprecher der „Bürgergruppe für Sicherheit und Lärmschutz

an der Bahn“: „Solange sich die Abgeordnetengruppe in der entscheidenden Frage der Wertigkeit der menschlichen Gesundheit und des menschlichen Lebens im Verhältnis zum politischen Ziel der Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene nicht klar und eindeutig positioniert und zur Werteordnung des Grundgesetzes bekennt, solange erwarten wir uns von der Abgeordneten-Gruppe Schienenlärm keine Fortschritte. Die erste und wichtigste Aufgabe einer Abgeordnetengruppe Schienenlärm wäre es, diese Grundrechtsdebatte anzustoßen und zu führen, denn es kann und darf nicht sein, dass Hunderte und Tausende Bahnlärmtote einfach als Kollateralschaden der Eisenbahn- und Klimapolitik hingenommen werden.“